

Subventionsrekord!

Energiewende treibt Subventionen in die Höhe

Trotz langanhaltend solider Konjunktur schafft die Politik immer neue Subventionstatbestände. Vor allem die Energiewende sorgt für einen neuen Subventionsrekord.

Eigentlich hat das Bundesfinanzministerium klare Regeln für die Subventionspolitik des Bundes aufgestellt. Das Problem ist, dass sich die Ministerien und selbst auch das Finanzressort nicht an die restriktiven Leitlinien halten.

Das hat auch mit den sprudelnden Steuerquellen zu tun, die die öffentlichen Kassen überfluten. Die Politik wird verleitet, mehr Ausgaben zu bewilligen – auch für Subventionen. 25,2 Mrd. Euro sollen sie 2018 betragen – davon 9,1 Mrd. Euro Finanzhilfen, also spezifische Ausgabenprogramme, und 16,1 Mrd. Euro Steuervergünstigungen, wobei der Staat freiwillig auf ihm zustehende Steuereinnahmen verzichtet.

Zum Schub tragen vor allem neue Finanzhilfen bei. Allein in den vergangenen zwei Jahren wurden elf neue Finanzhilfen aufgelegt, vornehmlich im Bereich der Energiewende – etwa die Kaufprämie für E-Autos mit insgesamt 600 Mio. Euro Steuermittel. Auch insgesamt bestehen die

Top-10-Finanzhilfen des Bundes zur Hälfte aus Energiewende-Subventionen. Doch die Bundesregierung erfasst im Kern nur Subventionen, die den Bundeshaushalt direkt betreffen. Die EEG-Umlage etwa, die Bürger und Betriebe mit 24 Mrd. Euro pro Jahr enorm belastet, wird nicht erfasst. Ebenso wenig die strittige Haushaltsabgabe, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk jährliche Einnahmen von mehr als 8 Mrd. Euro garantiert.

BdSt betrachtet Subventionen kritisch

Der BdSt betrachtet Subventionen für bestimmte Unternehmen oder Branchen seit jeher kritisch. Denn den Nutzen daraus ziehen zumeist nur die Unternehmen, nicht aber die Allgemeinheit. Daher fordert der Verband, dass die neue Regierung die geltenden subventionspolitischen Regeln wieder ernst nehmen muss. Das heißt, eine Überprüfung aller bestehenden Subventionen und deren kontinuierlichen Abbau und Befristung. Sinnvoller ist es nämlich, statt einzelne Unternehmen oder Branchen zu bevorzugen, die Bürger in der Breite bei Steuern und Abgaben zu entlasten. SP